

Kapferer, Clodwig

Article — Digitized Version

Probleme der deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kapferer, Clodwig (1966) : Probleme der deutschen Privatinvestitionen in
Entwicklungsländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss.
10, pp. 538-542

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

Probleme der deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern

Die relativ geringe Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Investitionen in Entwicklungsländern muß hinsichtlich der Beurteilung der Privataktivität auf dem Gebiete der Investitionen in Entwicklungsländern bedenklich stimmen. Da die Bundesregierung den privaten Investor als einen wertvollen Partner des Staates bei der Förderung des Entwicklungsprozesses betrachtet und auch gewisse Erwartungen hegt über die hierfür von seiner Aktivität ausgehenden Wirkungen, stellt sich die Frage, auf welche Weise die private Investitionstätigkeit am zweckmäßigsten angeregt und intensiviert werden könnte. Die nachstehenden Ausführungen sollen einige Gesichtspunkte dieses Problemkreises aufzeigen. Außerdem sollen sie anklingen lassen, daß die Erwartungen in ein der staatlichen Entwicklungspolitik konformes Investitionsverhalten privater Unternehmer nicht zu hoch gesetzt werden dürfen. Es hieße den Unternehmer überfordern, wenn man von ihm verlangen wollte, seinen eigenen Interessen, denen primär sein Handeln gilt, entgegengesetzte oder aus seiner Sicht abträgliche Zielsetzungen zu verfolgen.

Standpunkt des deutschen Investors

Die Frage nach den Gründen, die die deutschen Unternehmungen zurückhalten, Investitionen in Entwicklungsländern vorzunehmen, rührt an die Problematik des unternehmerischen Investitionsverhaltens. Generell kann die Haltung der privaten Unternehmerschaft gegenüber Investitionen in Entwicklungsländern als Uninteressiertheit bezeichnet werden. Hierfür gibt es verschiedene Gründe, an erster Stelle ist aber wohl die Tatsache zu nennen, daß die unternehmerischen Kräfte weitgehend von den Problemen des Inlandsmarktes und der traditionellen Auslandsmärkte absorbiert werden. Weder die zukünftigen Entwicklungen noch die Chancen in Entwicklungsländern können dabei gebührend durchdacht, geschweige denn berücksichtigt werden, und man gibt sich mit der Lösung der Tagesprobleme und der Erreichung herkömmlicher Expansionsziele zufrieden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß das altruistische Ziel der Entwicklungsförderung, wie es durch eine Privatinvestition verwirklicht würde, für den deutschen Unternehmer angesichts seiner eigenen Probleme nicht existiert.

Die Beobachtung des Verhaltens deutscher Unternehmungen gegenüber Investitionsprojekten in Entwicklungsländern zeigt, daß Projekte, die anfänglich mit viel Begeisterung aufgegriffen wurden, für die auch wiederholte und kostspielige Reisen unternommen sowie langwierige und oft äußerst zähflüssige Verhand-

lungen geführt worden sind, am mangelnden Interesse der Firmenvorstände und Aufsichtsräte in der Heimat scheitern. Der Funktionsunternehmer in den großen Unternehmungen weicht der Verantwortung einer für ihn ungewohnten Investition gern aus, und nicht selten kommen Projekte aus diesem Grund gar nicht erst im Aufsichtsrat zur Vorlage. Man kann die Situation nicht mehr als bloße Zurückhaltung bezeichnen, sondern als ein Gefühl ausgesprochener Angst vor Investitionen in Entwicklungsländern. Es ist eine Angst vor dem Gesamtrisiko, vor den mit der Vornahme einer solchen Investition auftretenden vielfältigen Problemen. Sie wird noch verstärkt durch die Tatsache der großen Entfernung zu den meisten dieser Länder sowie durch Berichte über Schwierigkeiten, wie sie etwa im Falle Mannesmann in Brasilien auftreten konnten. Die geistige Voreingenommenheit gegenüber solchen Investitionen wiegt daher oftmals schwerer als das zu übernehmende Kapitalrisiko. In dieser Beziehung herrscht unter den deutschen Unternehmern ein großes Beharrungsvermögen, das der Realisierung des entwicklungspolitischen Grundsatzes ihrer Mitbeteiligung an der Kapitalhilfe im Wege steht.

Zu überwindende Schwierigkeiten

Die deutschen Unternehmer sehen durchaus die grundsätzliche Notwendigkeit privater Investitionen — sei es zur Markterhaltung, sei es zur Wahrnehmung zukünftiger Chancen — in Entwicklungsländern ein. Sie führen aber als Gegenargument an, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel dringend im eigenen Land benötigen. Eine Rolle spielt hier sicherlich die ungünstige Kapitalausstattung deutscher Unternehmen. Abgesehen davon aber bieten ihnen das Inland und Staaten, die keine Entwicklungsländer sind — in erster Linie europäische —, sicherere Anlagegelegenheiten. Die staatlichen Vergünstigungen für Investitionen in Entwicklungsländern stehen nach Ansicht der Mehrheit der Unternehmungen in keinem Verhältnis zu dem auf sie zukommenden Risiko. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß es mit einer in Aussicht gestellten Vergünstigung allein noch nicht getan ist: Zuerst einmal muß das entsprechende Kapital überhaupt verfügbar sein und nicht gerade bereits für die normale Inlandstätigkeit benötigt werden. Wenn das Kapital fehlt, nützen auch Vergünstigungen in Form von Steuerbefreiungen nichts.

Den deutschen Unternehmungen fehlt es an geeignetem Personal, und zwar nicht nur an Technikern. Erstklassige Fachkräfte, über die sie verfügen — und nur diese kommen für die Realisierung von Investitionen in Ent-

wicklungsländern in Frage —, benötigen sie in der Heimat. Wohl können diese gelegentlich für einige Wochen ins Ausland abgestellt werden, aber nicht für eine lange Zeit, wie es die Ingangbringung von Betrieben und die in der ersten Zeit laufend auftretenden Probleme aller Art erfordern.

Bei Partnerschaftsverträgen bestehen nicht nur deutsche Unternehmungen auf dem Verlangen der Kapitalmajorität. Es ist schwierig — und in einer Reihe Entwicklungsländer durch die Industrieförderungsgesetzgebung verboten — zu diesen Bedingungen einheimische Partner zu finden. Andererseits gibt es genug Beispiele für Schwierigkeiten in der Unternehmensführung, die aus den Beteiligungsverhältnissen resultieren. Einen Ausweg könnte die Drittelung des Kapitals bieten (ein Drittel deutsche Beteiligung, ein Drittel Partnerschaftsanteil, Unterbringung des Restes auf dem freien Kapitalmarkt durch Aktienverkauf oder Beteiligungen von neutralen Personen). Vermieden werden sollte dagegen, daß die Kapitalmajorität in die Hand eines einzigen Partners aus dem Entwicklungsland gelangt; in dieser Hinsicht wäre, wegen der möglichen Einschaltung von Strohmännern, auch bei der Kapitaldrittelung entsprechende Vorsicht am Platze.

Die Unterrichtung der deutschen Unternehmungen über die Landesverhältnisse sowie ihre Kenntnisse der in Frage kommenden Gesetze und Rechtspraktiken der Entwicklungsländer sind ungenügend; erwähnt sei z. B. die Information über die Funktionsweise der Steuergesetzgebung in ihrer praktischen Handhabung. Das ist oftmals der Grund, weshalb sie, sobald sie von gemachten schlechten Erfahrungen hören, selbst bereits vorangeschrittene Vorhaben wieder fallenlassen. Hier kann nur eine eindeutige, nicht allein auf Rechtsordnungen fußende Aufklärung über die realen Praktiken Abhilfe schaffen.

Bei kleinen und mittleren Unternehmungen liegen alle Leitungsfunktionen in einer Hand bzw. in Händen weniger Personen. Die Vielseitigkeit der ihnen obliegenden Aufgaben macht diese zu besonders wendigen Unternehmerpersönlichkeiten. Doch fehlt es ihnen wegen der Vielfalt der heute auf sie zukommenden Aufgaben an der für dispositives Durchdenken neuer ungewohnter Aufgaben nötigen Zeit. Hinzu kommt, daß gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen die bereits erwähnten Faktoren Kapitalmangel und Personalmangel besonders wirksam werden. Die Realisierung der hier oft schneller als in Großunternehmen erkannten Chancen wird also von dieser Seite her stark beeinträchtigt, wenn nicht unmöglich gemacht. Schon die wiederholt erforderlichen Reisekosten zu einem entfernten — beispielsweise lateinamerikanischen — Entwicklungsland können hier prohibitiv wirken. Nicht zu vergessen ist schließlich, daß im Falle eines kleinen oder mittleren Unternehmens mit dem Scheitern einer Investition von relativ beträchtlicher Größenordnung nicht selten das Schicksal der gesamten Unternehmung besiegelt ist. Es fragt sich daher, von welcher Unternehmensgröße ab überhaupt mit

WIRTSCHAFTSDIENST 1966/X

Es gibt viele Winterreifen

Wir bauen diesen

mit und ohne Spike



Warum? 112 (in Worten: Einhundertzwölf) verschiedene Winterprofile — mit 20 Ausführungen von Spikes, unterschiedlich in Material und Konstruktion — wurden von uns getestet: ■ Unter größten Belastungen auf modernsten Prüfständen, ■ Unter extremen Bedingungen bei Schnee und Eis, ■ Durch unsere Versuchswagenflotte über mehr als 1 Million Kilometer auf allen Straßen unseres Kontinents. Bei jedem Wetter im Herbst und Winter.

Das Ergebnis dieser Versuche und der konsequenten, verantwortungsbewußten Forschungs- und Entwicklungsarbeit unserer Chemiker und Techniker ist dieser

M+S-Winterreifen

Lieferung durch den Fachhandel.

Sicher ist sicher!

Continental

der meistgefahrenste deutsche Reifen

einer „Investitionsfähigkeit in Entwicklungsländern“ gerechnet werden darf.

Mögliche Förderungsmaßnahmen

Zu dem Ziel, das im Interesse unserer Entwicklungspolitik für Investitionen in Entwicklungsländern gewünschte Verhalten der deutschen Unternehmungen herbeizuführen und die private Investitionstätigkeit in diesen Ländern zu intensivieren, könnten die nachstehend skizzierten Förderungsgesichtspunkte und -maßnahmen beitragen.

- Anpassung der Förderungsmaßnahmen an die Rendite-Grundstätze des unternehmerischen Handelns

Private Investoren aus Industrieländern müssen die Renditeaussichten auf lange Sicht günstig beurteilen können, andernfalls sie sich zur Risikoübernahme und zu Investitionen nicht angesprochen fühlen. Der wichtigste Anreiz zu Investitionen in Entwicklungsländern sind Gewinnerwartung und Sicherheit vor Enteignung oder Transferverboten u. a. m. Die Risikobereitschaft privater Investoren darf nicht überschätzt werden. Deshalb erweisen sich Appelle allein, in denen Unternehmungen zu Investitionen in Entwicklungsländern aufgefordert werden, als zu schwach.

- Messung der Förderungswürdigkeit deutscher Projekte an ihrer Wirkung auf die Zahlungsbilanz des Entwicklungslandes

Bei der Vorplanung der zu finanzierenden Projekte wäre solchen Projekten der Vorzug zu geben, die zu einer günstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz des Empfängerlandes beitragen. Bisher haben sich an der Investitionstätigkeit vornehmlich große Unternehmungen beteiligt. Dagegen fehlt es den meisten Entwicklungsländern an Investoren in mittleren und kleineren Betrieben, die heimische Rohstoffe verarbeiten und aus ihnen Produkte für den Export herstellen und dadurch als Devisenbringer auftreten. Die Vorbereitung derartiger exportorientierter Projekte, die für eine Investitionstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmungen geeignet

sind, sollte über den Weg der Produktstudie erfolgen. Die Produktstudie zeigt potentiellen Investoren die Ansatzpunkte, die Absatzchancen und die bei der Realisierung der Projekte zu berücksichtigenden Probleme auf der Produktions- wie auf der Absatzseite auf. Sie dient damit der Verminderung des Investitionsrisikos. Dem Interesse der Bundesregierung, sog. Verbundprojekte zu fördern, durch die für eine gemeinsame größere Aufgabe die Intentionen und Maßnahmen mehrerer Investoren zusammengeführt werden, scheint sich hier ein reiches Betätigungsfeld zu eröffnen. Auf diese Art könnten — bei zweckentsprechender und möglichst unbürokratischer Organisation und Arbeitsweise — auch die vorstehend erwähnten besonderen Probleme der Einschaltung kleiner und mittlerer investitionsbereiter Unternehmen in die Förderung des Investitions- und Entwicklungsprozesses überwunden werden:

- Politisches Risiko

Die völlige Abdeckung des politischen Risikos unter Wegfall der Selbstbeteiligung scheint unabwendbar zu sein.

- Erhöhte Steuervergünstigungen

- Gesicherte Transfermöglichkeit

- Beseitigung von Doppelbesteuerung

Der Doppelbesteuerung deutscher Investoren in Entwicklungsländern sollte durch beschleunigten Abschluß von Vereinbarungen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung entgegengewirkt werden.

- Einbeziehung des Umlaufvermögens in die staatliche Kapitalhilfe

Die auf das abnutzbare Anlagevermögen von Produktionsunternehmen bezogenen Vergünstigungen sollten analog auf das Umlaufvermögen, insbesondere auf die Anlegung oder Erweiterung von Lagerbeständen, ausgedehnt werden. Die praktischen und administrativen Schwierigkeiten, die sich aus der Einbeziehung des Vorratsvermögens in die Begünstigung ergeben, sind überbrückbar. Zu überlegen

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Wagen mit Transportschutzvorrichtung für palettiertes Gut
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg

wäre allerdings, die Gewährung von Vergünstigungen von einer fallweisen Prüfung des entwicklungs-politischen Charakters jedes einzelnen Projektes abhängig zu machen. Produktions- und Handelsunternehmen sind in Entwicklungsländern auf eine Finanzierung ihres Umlaufvermögens angewiesen. Produktionsunternehmen sind infolge mangelhafter und zeitraubender Anlieferung von Rohstoffen, Halbmaterial und sonstigen Zubehörlieferungen auf umfangreichere Lagerhaltungen angewiesen, als diese unter normalen Umständen — d. h. in Industrieländer — üblich sind. Ähnliches gilt für die Unterhaltung umfangreicher Ersatzteilelager und die Lagerung von Montageteilen sowie in bezug auf Materialien für Abfüll- und Packbetriebe. Handelsunternehmen, die Landesprodukte aufbereiten, veredeln und zur Exportreife bringen, sind auf den Einsatz eines beträchtlichen Umlaufvermögens angewiesen, da gegenüber früheren Zeiten verfeinerte technische Prozesse, z. B. bei der Sortierung und Bearbeitung von Rohstoffen, eingesetzt werden müssen.

Länderorientierte Finanzierungsinstitute

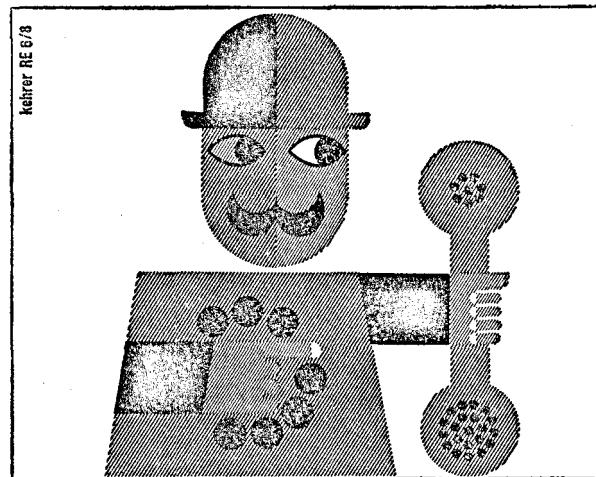
Fallweise sollte in Erwägung gezogen werden, zur gegenseitigen Förderung von Kapitalanlagen auf bilateraler Ebene gemeinsame Institutionen ins Leben zu rufen oder schon bestehende Organe mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Staatliche und private Investitionen

Ausgehend von der Annahme, daß zwischen der staatlichen Kapitalhilfe und der privaten Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern ein kompensierender Wirkungszusammenhang besteht, sollte durch eine Untersuchung in Länderpaaren mit entgegengesetzten Investitionsschwerpunkten — Länder also, in denen sehr viele private Investitionen und sehr wenige staatliche Investitionen getätigt werden (z. B. Brasilien) und umgekehrt (z. B. Indische Union) — der Frage nachgegangen werden, ob und in welchem Ausmaß die Entwicklungshilfe besser durch private oder durch staatliche Investitionen gefördert wird. Falls sich herausstellen sollte, daß die private Investition diese Bedeutung besitzt, sollte sie durch Schaffung und Ausbau entsprechender staatlicher Förderungsmaßnahmen ganz wesentlich intensiviert werden.

Im Rahmen einer derartigen Untersuchung könnte der weiterführenden und für die zukünftige Orientierung unserer Entwicklungspolitik — z. B. im Hinblick auf evtl. Rahmenzusagen — wichtigen Frage nachgegangen werden, in welchem Verhältnis die staatliche Kapitalhilfe aufgrund der durch staatliche Förderungsmaßnahmen, unter ihnen steuerliche Begünstigungen, erhöhten privaten Investitionen als Kompensation für die daraus resultierenden Ausfälle am inländischen Steueraufkommen herabgesetzt werden kann. Die westlichen Industriestaaten exportieren gegenwärtig nach den Entwicklungsländern mehr öffentliche als private Kapitalien. Rund Dreiviertel der an Entwicklungsländer und an die Entwicklungsfonds multilateraler Institutionen übertragenen Kapitalhilfe sind

Mit Telefonbau und Normalzeit telefonieren ...



... wenn es sich um Fernsprech- oder andere Fernmeldeprobleme handelt!

Wir liefern: Fernsprech-Anlagen, Elektrische Uhrenanlagen, Uhrensäulen, Feuermelde-Anlagen, Überfall- und Einbruch-Meldeanlagen, Wächterkontrollanlagen, Zeiterfassungs-Anlagen, Fernwirk- und Datenübertragungsanlagen, Lichtsignal-Anlagen, Verkaufsautomaten, Postalia-Frankiermaschinen.

**TELEFONBAU UND NORMALZEIT 6 Frankfurt 1
Mainzer Landstraße 134-146 Postfach 2369 Telefon 2661**

Transaktionen der öffentlichen Hand. Die ganz offensichtlich größere Multiplikatorwirkung der privaten Investitionen dürfte jedoch aus dem Beispiel Brasilien, wo mehr als 800 Millionen DM seit Mitte der fünfziger Jahre investiert wurden, hervorgehen.

Projekthilfe oder Rahmenkredite

Die Kapitalhilfe der Bundesregierung wird grundsätzlich an Projekte gebunden. Ob sich die Betätigungschancen für private Investitionen verringern, wenn die Kapitalhilfe einzelnen Entwicklungsländern gegenüber in die Form von Rahmenkrediten gekleidet wird, bleibt ebenfalls zu prüfen. Ein wesentliches Bedenken gegen diese Praxis ist in dem Wettbewerbsvorteil zu sehen, den Großfirmen mit guten Verbindungen, besserer Information und starker Lobby gegenüber kleinen und mittleren Firmen besitzen. Zumeist führen die Rahmenkredite auch nicht zu den im Interesse der entwicklungs-politischen Multiplikatorwirkung wünschenswerten kleinen und mittleren Projekten, von denen positive Wirkungen auf die Zahlungsbilanz ausgehen, sondern zu den traditionellen Großprojekten, die keinen unmittelbaren Einfluß auf den Entwicklungsprozeß haben und zudem noch zu nicht unerheblichen zukünftigen Zahlungsbilanzbelastungen zu führen pflegen.

Ansätze für die Anwendung der Förderungsmaßnahmen

Berücksichtigt man das oben dargelegte grundsätzliche Verhalten der Mehrheit der deutschen Unternehmungen zu Investitionen in Entwicklungsländern, so lassen sich ohne psychologische Einwirkung Förderungsmaßnahmen mit Aussicht auf positive Ergebnisse schwerlich realisieren. Hier stellt sich der angewandten Psychologie eine wichtige entwicklungsfördernde erzieherische Aufgabe. Will die Psychologie ihre Erziehungsaufgabe erfüllen, so muß sie sich an die potentiellen Investoren wenden und ihr Verständnis für das Gesamtproblem der Entwicklung ansprechen, um nach und nach in die ganze Tiefe und Breite des Investitionsproblems in Entwicklungsländern vorzustoßen. Auch bei permanenter Wiederholung sind Ermahnung und Tadel keine Methode, um das Unternehmerverhalten nachhaltig zu beeinflussen. Dieses Instrument nutzt sich dadurch eher noch ab. Schilderungen erfolgreicher Investitionsbeispiele dürften hier weit besser stimulieren. Selbst die Offenlegung ungeeigneten Verhaltens dürfte dazu beitragen, die Unternehmungen zur Veränderung ihres Verhaltens zu bewegen und die von der Bundesregierung in dieser Hinsicht gewünschte Einstellung anzunehmen. Propagandaeffekte beruhen auf dem Prinzip der Wiederholung, Publizitätseffekte dagegen auf der Grundlage des Verstehens.

Geeignete Wege, auf denen sich Publizitätswirkung für die Intensivierung privater Unternehmertätigkeit in Entwicklungsländern erzielen läßt, sind neben Zeitungs- und Zeitschriftenreportagen über erfolgreiche Investitionsprojekte, Diskussionsveranstaltungen, Bild- und Tonbildschauen, in welchen erfolgreiche Anlageprojekte in anschaulicher Weise vorgeführt werden. Das Ziel der Publizität wäre darauf auszurichten, den deutschen Unternehmungen Absatzchancen, Renditeaussichten, Steuererleichterungen, Zollschutzgewährung im Entwicklungsland, Verlagerungsmöglichkeiten für überschüssige Kapazitäten und Liefermöglichkeiten in zollbegünstigte Freihandelszonen in ihrer praktischen Durchführbarkeit vor Augen zu führen, die Unternehmen aber auch — und das mag, psychologisch

gesehen, als Anreiz oft am wirksamsten sein — auf erfolgreiche deutsche oder ausländische Konkurrenzprojekte aufmerksam zu machen.

Chancen für Klein- und Mittelbetriebe

Einer stärkeren Beteiligung auch kleiner und mittlerer Unternehmen an der Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern stehen die skizzierten besonderen Probleme dieser Unternehmen entgegen. Die hier für das einzelne Unternehmen oftmals unüberwindbaren Schwierigkeiten könnten gegenstandslos gemacht werden durch die Vornahme gemeinsamer Investitionsprojekte jeweils mehrerer Firmen. Hierfür wäre der Zusammenschluß verschiedener Firmen — auch unterschiedlicher Branchen — zu „Klein-Konsortien“ erforderlich. Derartige „Klein-Konsortien“ würden den beteiligten Firmen verschiedene Vorteile bieten: Risikominderung, Kostensenkung, gegenseitige Unterstützung, größeres Durchsetzungsvermögen, Personalsparnis, Absatz- bzw. Zuliefermöglichkeiten. Die einzelnen Konsortialfirmen könnten als „Betriebe“ eines gemeinsam umfassenden Investitionsprojekts in demselben Gebäude bzw. auf demselben Gelände arbeiten, wobei gewisse Anlageinvestitionen nur einmal für den Gesamtkomplex vorzunehmen wären und auch das Management — abgesehen von den technischen „Betrieben“ — zusammengefaßt werden könnte. Eine andere Möglichkeit — indessen eine lockere Form der Zusammenarbeit — wäre der Anschluß mehrerer kleiner oder mittlerer Zuliefererfirmen an die Investition eines Großunternehmens, das gleichzeitig eine gewisse Absatzsicherung für ihre Produkte gewährleisten würde.

Die Entwicklung solcher „Investitionsmodelle“ — z. B. durch Ausarbeitung von für „Klein-Konsortien“ geeigneten Investitionsvorschlägen für einzelne Länder — könnte gerade für kleine und mittlere Unternehmen Anregungen und Anreiz bieten und die aus ihrer Firmengröße resultierenden und naheliegenden Bedenken gegen Investitionen in Entwicklungsländern beseitigen und damit zu konkreten Investitionsprojekten der Privatwirtschaft führen. *Prof. Dr. Clodwig Kapferer, Hamburg*

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis DM 90,— für das erste,
DM 25,— für jedes weitere Exemplar

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des
Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs über die
Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106